Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.90 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.10 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Seite angezeigt. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 44. | Dresden, Donnerstag den 21. Februar 1918. | 29. Jahrg.

Ablehnung des gleichen Wahlrechts.

Die junkerliche Wahlrechtsverschandlung.

Die Junker und Junkergenossen in der Kommission des Dreiklassenhauses haben es fertig gebracht, das gleiche Wahlrecht, das die Regierungsvorlage enthielt, für erledigt zu erklären, und haben ein Pluralwahlrecht angenommen, dessen Schönheiten das sächsische Pluralwahlrecht noch weit überstrahlen. Nicht nur, wer über 50 Jahre alt ist oder mehr als drei über 14 Jahre alte Kinder hat, soll eine Zusatzstimme erhalten, sondern auch der, dessen Eigentum oder Vermögen eine gewisse Höhe erreicht hat, wer eine höhere Schule besucht oder eine versicherungspflichtige Person beschäftigt. Bis zu sieben Stimmen würde ein Mitbürger erhalten können, der über alle die Eigenschaften verfügt, die ihn in den Augen der preußischen Junker als ein besonders wertvolles Mitglied der menschlichen Gesellschaft erscheinen lassen.

In einer Zeit, wo ihre Volksgenossen so ungeheure Opfer bringen, wo Tausende ihr Leben alltäglich aufs Spiel setzen und andere Tausende darbend, die schwerste Arbeit verrichten, haben die preußischen Junker die Stirn, sich für ein Wahlrecht auszusprechen, das den Leuten, die über einen wohlgefüllten Geldsack verfügen, wesentlich größere politische Rechte einräumt als ihren ärmeren Volksgenossen.

Geht es nach dem Willen der junkerlichen Wahlrechtsfeinde, so hat zwar der, der im Kriege seine Existenz und sein Vermögen opfern mußte und sich mühselig eine neue Lebensstellung aufbauen muß, nur eine Stimme, der aber, der so glücklich war, zu Hause bleiben zu können, und der sich durch keine Skrupel abhalten ließ, die Not seines Volkes zu seiner Bereicherung zu benutzen, bekommt zum Lohn dafür ein Mehr an politischen Rechten. Hat der Sohn eines armen Vaters seine kargen Feierstunden dazu benutzt, um sich eine gründliche Bildung anzueignen, so nutzt ihm das gar nichts. Aber der Sprößling aus reicher Familie, der, mag es mit seinen Geistesgaben auch noch so schlecht bestellt sein, dank des reichlichen Mammons seines Vaters sich so lange auf der Schulbank herumdrücken kann, bis er mit Ach und Krach das Einjährige ersessen hat, wird dafür mit einer Extrastimme ausgezeichnet, auch wenn von dem eingetrichterten Wissen so gut wie nichts an ihm hängen blieb.

Der preußische König hat sein Wort gegeben, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen Gesetz werden soll. Unsere Junker spielen sich immer so auf, als wenn sie allein die echte und wahre Königstreue gepachtet hätten. Sie müßten sich darüber klar sein, daß nichts mehr geeignet wäre, die Monarchie in Preußen-Deutschland zu untergraben, als wenn das in schwerer Zeit gegebene Wort des Königs nicht eingelöst werden könnte.

Die Junker behaupteten stets, die besten Stützen der Kirche, Träger des christlichen Gedankens zu sein. Aber wir fragen, wie läßt sich das mit wahrhaft christlicher Gesinnung vereinbaren, daß den Wucherern und Schiebern mehr Einfluß auf das Schicksal ihres Volkes gegeben wird, als dem Mann, der sich redlich für sein und seiner Familie Brot plagt, dabei aber nicht allzuviel des schnöden Mammons anzusammeln vermag? Aber was ist unseren Junkern Recht und Gerechtigkeit? Was ist ihnen die Monarchie, was ist ihnen das Christentum, wenn es ihre Klasseninteressen gilt? Sie wissen, wenn in Preußen das gleiche Wahlrecht kommt, ist es mit einer der festesten Stützen ihrer Herrschaft vorbei. Dann müssen sie fürchten, daß ihnen über kurz oder lang auch ihr großer Einfluß auf die Verwaltung gemindert wird. Dann müssen sie fürchten, daß das Schulwesen in Preußen ausgebaut wird, und daß auch in den Gebieten, die bisher ihr unbeschränktes Herrschaftsgebiet waren, die Massen eine bessere Bildung erhalten, so daß sie nicht mehr gefügig ihren Nacken vor ihren junkerlichen Herren beugen. Es geht freilich für die Junker aufs Ganze.

Das Verhalten der Mehrheit des preußischen Verfassungsausschusses muß die Massen aufs äußerste reizen. Aber man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß das viele der Herren, die in der Kommission das gleiche Wahlrecht zu Fall gebracht haben, auch wollen. Das ist nun einmal die Manier der echtpreußischen Leute: Erst reizen sie das Volk bis aufs Blut, und wenn dann die Massen ihrem Unwillen in lebhafter Weise Ausdruck geben, dann schreien sie: Seht, das Volk ist noch nicht reif, man darf ihm keine Rechte geben. Wir haben's ja mit den Angehörigen derselben Kreise zu tun, die den Ausbruch des Streiks mit innerlichem Jubel begrüßt haben, damit sie sich geifernd auf die Arbeiterschaft stürzen konnten. Die Leute treiben fürwahr ein gefährliches Spiel. Noch sind wir vom Frieden weit entfernt. Noch bedarf es der äußersten Kraftanstrengung, um Deutschland vor einer Niederlage zu bewahren. Die Volksmassen haben sowieso genug berechtigten Anlaß zu äußerstem Unwillen, und es ist daher geradezu eine Gefahr für unser Vaterland, wenn sie in so unerhörter Weise von neuem durch die Dreiklassenherren provoziert werden.

Aber das alles ist unseren junkerlichen Staatsstützen und ihren Bundesgenossen egal. Nach ihrer Weltanschauung ist der Staat in erster Linie dazu da, damit sie darin herrschen. Erfolgt ein Angriff gegen die Grundlagen ihrer Herrschaft, dann ist ihnen alles andere gleichgültig.

Billige Erfolge in Rußland.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 21. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz:

Vielfach Artillerie- und Minenwerferkampf. Ein Vorstoß in den Argonnen hatte Erfolg.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

An der lothringischen Front war die Kampftätigkeit in vielen Abschnitten zwischen der Selle und Plaine gesteigert. Starke französische Abteilungen griffen am Abend unsere Stellungen bei Moncel, Reclicourt und Manoncourt an. An einzelnen Stellen drang der Feind ein. Unsere Infanterie warf ihn im Gegenstoß wieder hinaus und machte eine größere Anzahl Gefangene.

Südwestlich von Metzeresche brachten Sturmtrupps von einer Erkundung Gefangene zurück.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn:

Von der Insel Moon aus sind unsere Regimenter nach Ueberschreiten des zugefrorenen Sundes in Estland eingerückt und haben Reval besetzt.

Im Vormarsch am Rigaischen Meerbusen entlang wurden Pernigel und Lemsal erreicht. Bei Lemsal kam es zu kurzem Kampfe, in dem 500 Gefangene gemacht und 20 Geschütze erbeutet wurden. Wenden wurde durchschritten, unsere Truppen stehen vor Wolmar.

Zwischen Dünaburg und Pinsk sind wir im Vorbringen nach Osten.

Heeresgruppe Linsingen:

Die Bewegungen gehen vorwärts. An der ganzen Front wurden wichtige Bahn- und Straßenknotenpunkte besetzt.

Nowno wurde vom Feinde gesäubert.

Die Beute läßt sich noch nicht annähernd übersehen. Bisher wurden gemeldet:

An Gefangenen ein kommandierender General, mehrere Divisionskommandeure, 425 Offiziere und 8700 Mann.

An Beute 1353 Geschütze, 120 Maschinengewehre, 4000—5000 Fahrzeuge, Eisenbahnzüge mit etwa 1000 Wagen, vielfach mit Lebensmitteln beladen, Flugzeuge und sonstiges unübersehbares Kriegsgerät.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Konservativen hätten das gleiche Wahlrecht in der Kommission nicht zu Fall bringen können, wenn sie nicht Unterstützung aus den Reihen der Nationalliberalen bekommen hätten. Es war ja zu erwarten, daß es den Junkern an nationalliberalen Hilfstruppen nicht fehlen würde. Die Nationalliberalen des preußischen Landtags haben zum größten Teil immer auf dem äußersten rechten Flügel ihrer Partei gestanden. In ihnen lebt der Geist jener schwerindustriellen Magnaten, die ihre Arbeiter, ebenso wie die Junker ihr Gesinde, als Hörige betrachten, die sich ihrem Willen widerspruchslos zu beugen haben.

Die preußische Regierung hat sich durch den Mund des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Friedberg entschieden gegen die jetzt in der Kommission angenommene Fassung der Wahlrechtsbestimmungen ausgesprochen. Was nun weiter geschehen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Die preußische Regierung hat ihr Wort gegeben, daß sie alles tun wird, um das gleiche Wahlrecht in Preußen durchzusetzen. Es ist möglich, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich, daß die Junker nachgeben, wenn sie sehen, daß die preußische Regierung Ernst macht. Es ist auch möglich, daß im Plenum des Dreiklassenhauses der Zugang, den die Konservativen aus den Reihen der Nationalliberalen bekommen, nicht stark genug ist, um für die konservativen Wahlrechtswünsche eine Mehrheit zu schaffen.

Erklärt sich aber im Plenum der Landtag für die von den Konservativen gewünschte Wahlrechtsverschandelung, dann darf die Regierung, wenn die Empörung der Volksmassen nicht einen bedenklichen Grad erreichen soll, keinen Augenblick zögern, dann müßte mindestens sofort das preußische Abgeordnetenhaus aufgelöst werden, wenn die Regierung nicht gleich zu noch schärferen Mitteln greifen will. Die Regierung darf es sich aber auch nicht gefallen lassen, daß etwa jetzt die Dreiklassenleute die Wahlrechtsvorlage noch monatelang verschleppen, um zunächst einer endgültigen Entscheidung aus dem Wege zu gehen. Es steht hier wahrlich viel auf dem Spiel, und jedes Zaudern und Zögern der preußischen Regierung ist geeignet, die größten Gefahren für unser Vaterland heraufzubeschwören.

•

Eine Verhöhnung der Arbeiter.

Der Vorwärts schreibt zu dem Junkerstreich im Verfassungsausschuß:

Dem Hohn gegen die Arbeiter haben die Antragsteller noch besonderen Ausdruck verliehen. Es soll für immer festgehalten werden, wie der konservative Sprecher seine Ansicht begründete, daß der Antrag die Arbeiter angeblich nicht entrechte. 6000 M., so erklärte der Herr, könne heute jeder Arbeiter erspären! Und ferner verdienten die Arbeiter so hohe Löhne, daß ihr Einkommen sicher über den Gemeindedurchschnitt weit hinausgehe. — Dieser Durchschnitt, der nicht unter allen Einkommen liegt, verdient als ein mathematisches Wunder ausgestellt zu werden.

Die Herren Kohlendampfer bilden sich zu Volksvertretern aus. Ihr Endziel hat eben erst der Januarstreik Lüderitzburg treuherzig gezeigt: den Reichskanzler, der auf das Volk schießen läßt. Die Arbeiterschaft wird den Reaktionären nicht den Gefallen tun, es dahin kommen zu lassen. Aber ihr Recht wird sie sich erkämpfen und dann — wehe den Herren, die sich vermessen haben, gegenüber dem Volk den Tierbändiger spielen zu wollen!

•

Das gleiche Wahlrecht abgelehnt, Pluralwahlrecht beschlossen!

eb. In der Mittwochsitzung des Verfassungsausschusses lief ein nationalliberaler Antrag ein, der ein Dreiklassenwahlsystem nach Art des Wahlrechts für die Gemeindevertretungen und daneben den Proporz in gemischtsprachigen Landesteilen vorsieht. Ein Volksparteiler führte aus: Der ganze preußische Verwaltungsapparat ist von konservativem Geiste beseelt. Unter dem gleichen Wahlrecht werden die wirtschaftlich ärmeren Mehrheit haben, die so aussehen wird wie die jetzige Reichstagsmehrheit. Daraus kann sich dann die Regierung stützen und Preußen wird dabei nicht zugrunde gehen. Er hoffe, daß Dr. Feldberg nicht von der Erklärung, die er und die Regierung abgegeben haben, abweichen will; es wäre auch zu unverständlich. Der Minister des Innern habe ausdrücklich erklärt, daß nur ein gleiches Wahlrecht im Sinne des Reichstagswahlrechts in Betracht kommen könne, und daß jeder andere Versuch unannehmbar sei. Die Fortschrittler werden für keinen Pluralantrag stimmen, auch nicht für den Dreiklassenantrag des Nationalliberalen. — Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg antwortete, er habe letztin nur ausführen können, daß die Prüfung der Fragen des nationalliberalen Redners Sache des Staatsministeriums sei. Diese Prüfung hat inzwischen stattgefunden. Alle Vorschläge für Zusatzstimmen bedeuten eine Begünstigung, die ja gerade durch die Reform des alten Wahlrechts beseitigt werden soll. Aus diesen Gründen vermag die Staatsregierung in den angedeuteten Vorschlägen eine Verbesserung der Vorlage nicht zu erblicken. Sie würde die Zwecke, die die Antragsteller im Auge haben, nicht fördern, sondern teils unerwünschte Ungleichheiten in die Vorlage hineintragen, teils das Wahlrecht viel schärfer demokratisieren, als der vorliegende Gesetzentwurf. Dazu kommt noch eine weitere Erwägung. Die Vorschläge sollen durchgeführt werden auf Grund von Zusatzstimmen. Dadurch wird in weiten Kreisen unseres Volkes die Auffassung entstehen, daß die Grundlage des Gesetzentwurfs, das gleiche Wahlrecht, verlassen und auf ein Pluralwahlrecht zurückgeschritten werden sollte. Das liege aber nicht in der klar ausgesprochenen Absicht der Staatsregierung. Ich kann deshalb die Zustimmung der Staatsregierung zu den Vorschlägen des Herrn Dr. Lohmann nicht in Aussicht stellen.

Darauf sagte die Begründung des nationalliberalen Antrags durch den Antragsteller, der das gleiche Wahlrecht mit der Begründung ablehnt, weil es Adolf Hoffmann zum Kultusminister machen würde. Minister des Innern Dr. Drews erklärt den nationalliberalen Antrag für ein verschärftes Dreiklassenwahlsystem. Zur Ehre der deutschen Arbeiter sei hervorzuheben, daß sie genügend Interesse und Verständnis für kulturelle Bedürfnisse hätten. Ein Konservativer erklärt, daß seine Partei im Falle der Ablehnung ihres Antrags den nationalliberalen Antrag wohlwollend prüfen werde. Nach der heutigen Erklärung Dr. Friedbergs erscheine eine Verständigung zwischen den Konservativen und der Staatsregierung ausgeschlossen, aber sie könnten unter keinen Umständen unter ihren Antrag herumtergehen. Ein Nationalliberaler sagt, daß für den Dreiklassenantrag einige seiner Parteigenossen sich nicht alle Kommissionsmitglieder seiner Partei einfinden würden, obwohl auch er noch wie vor Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht habe.

Ein Freikonservativer begründet den Antrag, die Regierung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes aufzufordern, durch den das Gemeindewahlrecht dem Landtagswahlrecht angepaßt wird.

Nachdem noch ein Zentrumsredner die grundsätzliche Stellungnahme seiner Freunde auf dem Boden der Regierungsvorlage vorbehältlich späterer Stellungnahme erklärt hat und auch zwei Nationalliberale sich bedingt für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen, wurde der freikonservative konservative Pluralantrag mit 20 gegen 15 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Freikonservativen und vier Nationalliberale, dagegen zwei Nationalliberale, das Zentrum, der Fortschrittler, der Pole und der Sozialdemokrat. Der nationalliberale Dreiklassenantrag ist damit gegenstandslos geworden, der Regierungsantrag gefallen. — Weiterberatung Donnerstag.

•

Die Nationalliberalen und das gleiche Wahlrecht.

Das Berliner Tageblatt meldet: Der Abstimmung im Wahlrechtsausschuß war am Nachmittag die entscheidende Sitzung der nationalliberalen Fraktion vorangegangen. Dabei ergab sich, daß 44 Mitglieder der Fraktion gegen das gleiche Wahlrecht waren, während eine Minderheit von 20 Abgeordneten sich dafür entschieden.

Im nationalliberalen Landtagsklub erklärt man nun, man dürfe von dieser ersten Abstimmung noch keine Schlüsse auf das endgültige Schicksal der Wahlrechtsvorlage ziehen. Schließlich werde es darauf ankommen, ob die Staatsregierung in der Frage eines auf Besitz gestützten Pluralwahlrechts doch mit sich werden lassen, das ja, wie sie nun gezeigt habe, allein für richtig gehalten werde. Ein auf Alter, Bildung oder Kinderzahl gegründetes Pluralwahlrecht würde im Abgeordnetenhaus keine Mehrheit finden, da ja die gleiche, die die jetzige Mehrheit im Auge hat, nicht erreicht werden würde. Die darauf bezügliche Hoffnung sei ein Wunsch, man vielleicht für einen Augenblick, dann noch [illegible] Kompromißvorschläge machen, die gestrigen sehr bestimmten und eindringlichen Erklärungen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums freilich nur gering.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180221/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG